

Antrag 2026/I/Soz/6

Jusos Hamburg

Kürzungen stoppen, Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg sichern!

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:
- 2 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sowie die Mitglieder der SPD-
- 3 Bürgerschaftsfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass
- 4 - alle Kürzungen der Mittel für die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), Jugendsozialarbeit,
- 5 Familienförderung sowie sozialräumliche Angebote unverzüglich zurückgenommen werden,
- 6 insbesondere die Kürzungen der Rahmenzuweisungen und Projektmittel für das Haushaltsjahr
- 7 2026
- 8 - Die Kürzungen von 3 Mio EUR der SIN- und Mehrbedarfsmittel für das Haushaltsjahr 2026
- 9 zurückzunehmen
- 10 - die bestehenden Angebote und Projekte in der OKJA, in Unterkünften für Geflüchtete sowie
- 11 in benachteiligten Stadtteilen bestandssichernd finanziert werden, sodass keine Einrichtungen
- 12 schließen und keine Stellen abgebaut werden müssen
- 13 - laufende und längerfristig etablierte Projekte der Kinder- und Jugendarbeit in eine verlässli-
- 14 che Regelförderung überführt werden, statt sie dauerhaft über befristete Projektmittel zu fi-
- 15 nanzieren
- 16 - Tarifsteigerungen und Kostensteigerungen vollständig und automatisch refinanziert werden,
- 17 sodass freie Träger nicht nach jeder Tarifrunde um die Umsetzung tariflicher Bezahlung kämp-
- 18 fen müssen
- 19 - eine transparente, beteiligende und sozialräumlich ausgerichtete Jugendhilfeplanung für
- 20 Hamburg umgesetzt wird, unter aktiver Einbindung der freien Träger und der Jugendhilfeaus-
- 21 schüsse
- 22 - der Anteil der Ausgaben für Jugendarbeit an den Gesamtaufwendungen der Kinder- und Ju-
- 23 gendhilfe deutlich erhöht wird, mit dem Ziel, sich dem im 11. „Kinder- und Jugendbericht des
- 24 Bundes“ empfohlenen Mindestanteil von 15 % anzunähern.

25 Begründung

- 26 Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Infrastruk-
- 27 tur Hamburgs. In Jugendclubs, Häusern der Jugend, Bauspielflächen, Spielhäusern und offenen
- 28 Treffpunkten werden täglich Schutzräume geschaffen, in denen junge Menschen Selbstwirk-
- 29 samkeit, Demokratie, Teilhabe und Solidarität erleben. Diese Angebote sind niedrigschwellig,
- 30 präventiv und erreichen gerade diejenigen Kinder, Jugendlichen und Familien, die von anderen
- 31 Hilfesystemen oft nicht erreicht werden.

32 Trotz dieses zentralen Stellenwerts ist die OKJA in Hamburg seit Jahren strukturell unterfi-
33 nanziert. Aktuell verschärft der Senat diese Lage weiter: Für 2026 werden allein in den Bezir-
34 ken rund drei Millionen Euro bei sozialräumlichen Angeboten und Integrationsprojekten ge-
35 kürzt. Landesweit drohen dadurch rund 50 Stellen wegzufallen, zahlreiche Projekte müssen ih-
36 re Angebote drastisch reduzieren oder ganz einstellen. Besonders betroffen sind Angebote für
37 Kinder, Jugendliche und Familien in Geflüchtetenunterkünften sowie in sozial benachteiligten
38 Stadtteilen.

39 Diese Kürzungen treffen ausgerechnet diejenigen, die ohnehin mit prekären Lebensbedin-
40 gungen und Wohnverhältnissen sowie mangelnden Teilhabechancen konfrontiert sind. Über
41 15.000 Kinder und Jugendliche leben in Hamburg in öffentlichen Unterkünften. Gerade hier
42 sind offene, verlässliche Angebote essenziell und nicht optional.

43 Die Folgen der Kürzungen sind absehbar: Einrichtungen können nur noch an wenigen Tagen
44 öffnen, Beziehungsarbeit bricht weg, Fachkräfte verlieren ihre Stellen oder verlassen das Ar-
45 beitsfeld. Bereits jetzt sind 123 von 249 OKJA-Einrichtungen mit weniger als zwei Vollzeitstellen
46 ausgestattet. Krankheit oder Urlaub führen regelmäßig zu Schließungen.

47 Dabei ist die Stadt Hamburg gesetzlich verpflichtet zu handeln. Das Sozialgesetzbuch VIII ga-
48 rantiert jungen Menschen ein Recht auf Jugendhilfe und verpflichtet die Kommunen, „positive
49 Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien“ zu schaffen. Die derzeitige Finan-
50 zierungspraxis verfehlt diesen Auftrag deutlich. Der Anteil der Ausgaben für Jugendarbeit liegt
51 in Hamburg bei rund 4 % und damit weit unter dem fachlich empfohlenen Mindestanteil von
52 15 %.

53 Besonders widersprüchlich ist, dass Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst politisch mitver-
54 handelt werden, freie Träger diese jedoch regelmäßig nicht refinanziert bekommen. Tariftreue
55 darf keine leere Floskel sein. Wer gute Arbeit erwartet, muss sie auch verlässlich bezahlen. Die
56 massiven Proteste der Beschäftigten, die Warnungen des Landesjugendhilfeausschusses sowie
57 die Stellungnahmen zahlreicher Träger machen deutlich: Die soziale Infrastruktur Hamburgs
58 steht an einem Kipppunkt. Die Kürzungen sind keine haushaltstechnische Notwendigkeit, son-
59 dern eine politische Entscheidung und damit auch politisch korrigierbar.

60 Wer Demokratie stärken will, darf nicht an den Orten sparen, an denen sie täglich gelebt wird.
61 Eine reiche Stadt wie Hamburg kann und muss sich eine starke Offene Kinder- und Jugendar-
62 beit leisten.